

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha, die Staats- und Gemeindebehörden zu Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Koberger, in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag: C. G. Koberger in Frankenberg i. Sa.

Nr. 182

Sonnabend den 7. August 1920 nachmittags

79. Jahrgang

Tageblatt-Bestellungen

nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten, sowie Postanstalten entgegen.

Äpfel- und Birnbaum-Verpachtung

Die der Stadtgemeinde gehörigen Obstbäume an der Talstraße (hinterer Teil), Mühlbacher Straße (von der Hinderburgstraße bis zum Sommeralweg und vom Sommeralweg bis zur Stadtgrenze), Hinderburgstraße (oberhalb des Bonischen Grundstücks) und Hinderburger Straße (von der Margaretenstraße ab) sollen für dieses Jahr, und zwar:

Montag den 9. August 1920

an Ort und Stelle im Einzelnen unter Vorbehalt des Zuschlags verpachtet werden. Sammel- und Nachmittags 1/2 Uhr an der Talstraße beim Stadtpark. Stadthauptstelle Frankenberg, am 6. August 1920.

Erwerbslosen-Kontrolle

Die Kontrolle der Erwerbslosen findet nächste Woche nachmittags 2 bis 4 Uhr Mitt. in der Stadthauptstelle Frankenberg, am 7. August 1920.

Lebensmittel-Verkauf in der städtischen Niederlage täglich

Sonderpreise (naher Mittwoche)	
Hafersoden 2.20 M. für 1 Pfund	Sonderpreise 12.— M. für 1 Pfund
Polstermehl 2.50 . . . 1 . . .	Bauschaltwärr 2.50 . . . 1 große Flasche
Reis 1.20 . . . 1 . . .	Bauschaltwärr 1.50 . . . 1 kleine Flasche
Gelbe Erbsen 2.50 . . . 1 . . .	Waddingpulver mit Zucker, auch zum Baden
Grüne Erbsen 1.80 . . . 1 . . .	normal gereinigt, 2.50 M. für 1 Pfund
Brühhohnen 1.60 . . . 1 . . .	Schellfisch 14.— . . . 1 . . .
Rübsen 14.— . . . 1 . . .	

Schweineschmalz

bei den Butterhändlern ab Mittwoch den 11. August 1920 auf Buttermarkenliste Nr. 78 je 125 Gramm zum Preise von 4 Mark oder 16 Mark für das Pfund.

Butter

Sonnabend den 14. August 1920 auf Buttermarkenliste Nr. 79 je 30 Gramm zum Preise von 87 Pfg. oder 14.50 M. für das Pfund. Frankenberg, den 6. August 1920. Lebensmittel-Abteilung des Stadtrates.

Die Abänderung der Fleisch- und Viehwirtschaft

Berlin, 5. 8. Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichstages hielt heute nach der Sitzung des Plenums eine längere Beratung ab. Der Abg. Wieder (Ztr.) legte einen Antrag vor, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch so lange hinauszuschieben, bis die entsprechenden Sicherungen von Brotgetreide und Futtermitteln durchgeführt sind. Minister Hermes betonte, als weitere Bedingung für die Freigabe der Fleischwirtschaft müsse der Fortbestand der Reichsfleischstelle verlangt werden, damit diese auch weiterhin ausgleichend bei der Fleischversorgung und auf die Preisgestaltung wirken könne. Oberregierungsrat Ridlas gab die Vorschläge der Regierung bekannt.

Die Großviehpreise sollen um 40 Mark für den Zentner gesenkt werden, die Preise für Tiere in der Klasse B um 30 Mark niedriger werden und für die schlechteren dieser Klasse von 240 Mark für den Zentner festgesetzt werden. Minister Hermes betonte, die Herabsetzung der Viehpreise müsse er durchführen, insbesondere auch im Hinblick auf die Wünsche der Landwirtschaft in Süddeutschland.

Die Regierungsvorlage wurde unverändert angenommen.

Die Preise für geringere Rinder werden festgesetzt auf 180 Mark, für angesehene Rinder auf 240 Mark, fleischige Rinder Klasse B 300 Mark und fleischige Rinder Klasse A 340 Mark für den Zentner, die Höchstpreise für Schlachtkälber im Alter unter drei Jahren auf 350 Mark, für Schlachtschweine ebenfalls 350 Mark. Für Schafe und Lämmer wurden je nach Alter und Fleischqualität Preise festgesetzt von 200 bis 360 Mark.

Sobald wurde auch dem Regierungsentwurf über die Einführung der Rundenliste Rat der Fleischwaren einstimmig Zustimmung erteilt und betont, daß diese Verordnung nicht eine Beschränkung der öffentlichen Fleischwirtschaft bedeute.

Die Ernährungslage

Berlin, 6. 8. Der bayerische Landwirtschaftsminister machte in einer Unterredung über das Ergebnis der Berliner Ministerbesprechungen über die Ernährungsfrage folgende Mitteilungen: Die Spätkartoffeln werden vom 15. September ab freigegeben. Für Frühkartoffeln ist der Minimalpreis auf 25 Pfennige für das Pfund festgesetzt. Die Zwangswirtschaft für Fleisch und Schlachtvieh wird im Herbst aufgehoben. Das Brotgetreide soll vom 15. August ab zu 85 Prozent ausgemahlen werden. Das Brot soll sich aus 40 Prozent Weizen, 40 Prozent Roggen und 20 Prozent Gerste zusammensetzen. Die Brotmenge wird pro Kopf und Tag von 200 auf 300 Gramm erhöht. Die Entlieferung des Frühbrottes ist als gut bezeichnet. Bisher wurden in Bayern 80 699 Doppelporter Brotgetreide und 38 530 Tonsen Gerste eingebracht. Als Milchpreis wird 1 Mark pro Liter angestrebt.

Der deutsch-französische Flaggenstreit

Wie bereits angekündigt, beabsichtigt die deutsche Regierung die endgültige Beilegung des Vorfalls vor der französischen Botschaft in Berlin, bei dem die französische Flagge von dem Gebäude heruntergeholt wurde, auf dem Umweg über den Botschaftsbot zu verlegen. Dazu wird der deutsche Botschafter in Paris im Laufe des Freitag eine Note überreichen, worin unter Hinweis auf die Artikel 13 und 17 des Friedensvertrages der französischen Regierung vorgeklagt wird, die Angelegenheit in einer beide Teile geracht werdenden Weise aus der Welt zu schaffen. Es scheint übrigens, daß in Berliner amtlichen Kreisen die Spannung als keineswegs sehr bedrohlich angesehen wird. Jedochfalls hat der Reichsminister einen kurzen Urlaub nach seiner badijschen Heimat bereits am Donnerstagabend angetreten, während der Minister des Auswärtigen Simons am Freitag seinen Urlaub nach der Schweiz anzutreten gedenkt. Wie die „Dona“ aus guter Quelle erfahren hat, der französische Geschäftsträger in Marcell, der den abwesenden Botschafter vertritt, bei seiner Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen darauf hingewiesen, daß die französische Regierung auf der Verstärkung des Offiziers unbedingt besteht, der seinerzeit die Rheinwiesentrompagnie führte, die der französischen Fahne die Ehrenbezeugung erwiesen sollte. Die Unterredung, die sehr lange dauerte, hat dem Minister des Auswärtigen den Anlaß zu seinen Ausführungen im Reichstag gegeben.

Vom russisch-polnischen Krieg

Militärische Erfolge der Polen?

Warschau, 6. 8. Nach einem Telegramm aus Warschau befragt der polnische Heeresbericht: Die Lage an der Front hat sich bedeutend gebessert. Zwischen Ratus und Bug haben die Bolschewiken eine große Niederlage erlitten; sie verloren 5000 Gefangene, 400 Wagen, eine große Anzahl Kanonen und Maschinengewehre. Auch auf dem übrigen Teil der Front wird der Widerstand der Polen von Stunde zu Stunde heftiger. Sowohl in Kongresspolen am Ratus und Bug, als auch in Ostgalizien am Sereth waren gestern alle bolschewistischen Angriffe erfolglos. Die Stadt Lomsk, die seit dem 27. Juli von den Bolschewiken angegriffen wird, verteidigt sich hartnäckig. Die Bevölkerung und Freiwillige nehmen an der Verteidigung teil. Die Bewohner der Stadt haben, anstatt zu fliehen, ein Verteidigungskomitee gebildet und sind in großen Mengen in den Hilfsdienst eingetretet. Die Frauen transportieren Nahrungsmittel und tun Sanitätsdienste. Die Bauern von den umliegenden Dörfern liefern unregelmäßig Lebensmittel für die Garnison.

Zu Verhandlungen bereit, aber keine Einstellung des Vormarsches.

London, 6. 8. Die Antwortnote der Sowjetregierung ist hier angekommen. In der Antwort wird, wie verlautet, gesagt, die Bolschewiken könnten im Augenblick ihre Operationen gegen Polen nicht aufgeben. Sie erklären sich bereit, die Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Friedensvertrag aufzunehmen, sobald polnische Delegierte mit den erforderlichen Vollmachten in Winst eingetroffen sind. Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die volle Unabhängigkeit Polens zu garantieren.

Den „Times“ zufolge wird in russischen Kreisen in London behauptet, daß das Telegramm, welches Namen aus London erhalten und von dem Lord George im Unterhaus gesprochen hat, besagt, selbst wenn Besatz gegeben würde, den Vormarsch einzustellen, würde das rote Heer nicht gefordert. Der Ausbruch einer Revolution sei zu befürchten, da das rote Heer nicht zufrieden sein würde, bevor Warschau genommen sei.

Die polnischen Gegenbedingungen.

Warschau, 6. 8. „Rutjer Warszawski“ berichtet, daß das Kabinett gestern den ganzen Tag über die dem bolschewistischen Friedensvorschlag gegenüber einnehmende Stellung beraten habe. Es wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Entsendung von Friedensdelegierten von der vorliegenden Antwort der Bolschewiken auf die polnischen Bedingungen, welche der Sowjetregierung in einer besonderen Note übermittelt werden sollen, abhängig zu machen. Diese Bedingungen sollen wie folgt lauten:

1. Anerkennung der Souveränität des polnischen Staates.
2. Verpflichtung der Sowjetregierung, sich in die inneren Angelegenheiten Polens nicht einzumischen.

Der ursprüngliche Plan, die Friedensdelegation sofort nach Winst zu senden, ist fallen gelassen.

Die Tschcho-Slowakei soll dem glauben.

Auf eine Anfrage Weggewode im Unterhaus, ob die Alliierten einen Druck auf die Tschcho-Slowakei ausüben, damit diese Polen beistehende, erwiderte Lord George, alles hänge von der Antwort ab, welche man von Russland erhalten werde. Wenn die Antwort unbefriedigend sei, werde man selbstverständlich auf jedermann einen Druck ausüben, daß er Polen die nötige Unterstützung leiste. Weggewode forderte dringend eine Erklärung, daß, wenn die Antwort unbefriedigend sein sollte, kein Druck auf die Tschcho-Slowakei oder andere Grenzstaaten im Sinne einer bewaffneten Intervention zugunsten Polens ausgeübt würde. Hierauf erklärte Lord George, daß, wenn die Antwort unbefriedigend und es völlig klar sei, daß die Sowjetregierung beabsichtige, Polen zu unterdrücken, er bestimmt nicht in der Lage sei, ein derartiges Versprechen abzugeben.

Kein Bolschewismus in Norwegen

Oslo, 5. 8. Das norwegische Telegrammbüro erklärt, daß die Meldungen englischer und deutscher Blätter über bolschewistische Unruhen in Norwegen auf freier Erfindung beruhen. Im ganzen Lande herrscht vollkommenes Ruhe und Ordnung.

Millionenschaden durch Lohnausfall in Zittau

Dresden, 6. 8. Nach der Schätzung der Handelskammer in Zittau beträgt der Lohnausfall durch den Putz für deren Bezirk mehr als 1/4 Millionen Mark. Die Summe wäre noch höher, wenn nicht eine Anzahl größerer Betriebe wegen Auftragsmangels ohnehin stillgelegt hätte. Zu diesem Schaden von 1/4 Millionen kommt jedoch noch der große Lohnausfall, der für die Arbeiter der Oberlausitz durch die Stilllegung des Kraftwerkes Hirschfeld seitens der Terroristen entfallen ist und der sich nach Ansicht der Handelskammer auf mehrere Millionen beziffert.

Generalstreik gegen Franzosenwillkür

Saarbrücken, 6. 8. Heute nacht sind die Beamten im Saargebiet in den Streik getreten. Es handelt sich um einen Proteststreik gegen die Verordnungen der Regierungskommission im Saargebiet, wonach die Beamten der Regierungskommission den Treueid leisten sollen und wonach diese Kommission das Recht hat, die Beamten innerhalb von sechs Monaten ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Auch die Eisenbahner haben den Streik begonnen. Der Beamtenbund des Saargebietes und sieben andere Organisationen haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Bleibt fort von den Straßen. Lebenswichtige Betriebe, wie Elektrizitäts- und Wasserwerke, müssen im Gange bleiben. Alle der Sabotage dürfen unter keinen Umständen verübt werden. Die Forderungen der streikenden Beamten sind unter anderem: Die Rechte und Freiheiten, die vor dem 11. November 1918 in Kraft waren, soll wieder hergestellt werden. Es soll dem Beamten gestattet sein, deutschen Organisationen im unbesetzten Gebiet anzugehören. Die Regierungskommission soll Entlassungen von Angestellten nur nach Rücksprache mit der Beamtenschaft vornehmen können. Ferner wird verlangt: Einführung von Betriebsräten, Abbau der Preise der Lebensmittel und Verbrauchsartikel, ausreichende Belieferung mit Kohlen, Ausweitung der landesfremden Wäcker- und Schiefer- und strome Maßnahmen gegen die einheimischen Gewissen derselben und Erleichterung der Einfuhr von Lebensmitteln und Verbrauchsartikeln aus dem unbesetzten Deutschland, sofortige Bildung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen Stimm- und direkter Wahlrechts.

Heiratsangebote nach dem Auslande und Mädchenhandel

Die deutsche Zeitung in Sao Paulo (Brasilien) schreibt in ihrer Nummer vom 20. Mai d. J. (wie der „Rapport“ zum Schutz deutscher katholischer Auswanderer“ mitteilt) folgendes: Die Geschäftstätigkeit im republikanischen Deutschland hat einen ungeahnten Aufschwung genommen. Einen geradezu schlagenden Beweis dafür liefert die nachstehende an uns gerichtete Zuschrift: Hierdurch erlaube ich mir, mich in folgender Angelegenheit an Sie zu wenden: Wegen des unglücklichen Krieges, in dem über 1 300 000 junge deutsche Männer gefallen sind, ist einer noch größeren Anzahl junger deutscher Mädchen die Möglichkeit genommen, sich zu verheiraten. Dieser unglückliche Zustand wird noch durch die Tatsache verschlimmert, daß angesichts der ungeheuren Teuerung der Möbel und der großen Wohnungsnot der Ehestand in Deutschland fast ein Luxus und ein Vorrecht der besser gestellten Kreise geworden ist. In ihrer Not bilden unsere jungen Damen häufig nach Amerika, in der Hoffnung, dort das erstoffte Eheglück zu finden, weshalb sie sich an alle dortigen Junggefellenden deutscher Abstammung wenden, die drüben keine passende Partie finden können und die sich mit einem wohlverdienenden jungen deutschen Mädchen verheiraten möchten, ihr mit dieser Absicht näherzutreten. Die deutschen Damen haben mich gebeten, ihr Fürsprecher zu sein und ihnen zu helfen, einen Ehekandidaten zu finden, aus welchem Grunde Bewerber gebeten werden, sich an meine obengenannte Adresse zu wenden. Ich bitte Sie daher, meine obigen Ausführungen durch Veröffentlichung in Ihrer Zeitung zur Kenntnis Ihrer Leser zu bringen und danke Ihnen im Voraus bestens. Hochachtungsvoll gez. J. Stahl.

Es kann nicht genug vor betriebligen Heiratsvermittlungsvorhaben gewarnt werden, da die Gefahr besteht, daß unlaute Elemente sich als Bewerber melden, die die Heiratsangelegenheit zum Mädchenhandel zu benutzen versuchen werden.